

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 64 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

38. Jahrgang / 20

28. Januar 1983

Mahnung und Hoffnung

Der 30. Januar 1933 gibt uns auf, die Lehren zu begreifen

Von Helmut Schmidt MdB
Stellvertretender SPD-Vorsitzender

Helmut Schmidt MdB, Stellvertretender SPD-Vorsitzender, fordert auf, die Lehren aus dem 30. Januar 1933 zu begreifen: Mahnung und Hoffnung. Seite 1

Kurt Partzsch gratuliert Lotte Lemke zum 80. Geburtstag: Humanitäres Handeln aus politischer Verantwortung. Seite 4

Horst Ehmke MdB begrüßt den Bonn-Besuch von George Bush: Das nukleare Wettrennen verhindern. Seite 6

Hermann Scheer MdB führt den Nachweis, daß die Rechtskoalition den Doppelbeschluss nur scheinbar trägt: Nachrüstung auf Raten? Seite 7

Dokumentation

Peter Glotz zum Wahlkampf-Stil der Union: Klassische Elemente des Weimarer Wahlkampfes. Seite 8

50 Jahre ist es her, daß der Reichspräsident Hindenburg den "Führer" Adolf Hitler, zum Reichskanzler eines Kabinetts aus Mitgliedern der NSDAP, sowie rechtskonservativ-reaktionärer Parteien und Gruppen berief. Damit wurde das letzte, kurze Kapitel der Weimarer Republik ausgeläutet, ihr Scheitern wurde mit dem Ermächtigungsgesetz kurz darauf endgültig besiegelt.

Ein halbes Jahrhundert - für viele jüngere Mitbürgerinnen und Mitbürger klingt das wie eine Erzählung aus längst vergangener Zeit. Doch ist zweierlei daran falsch: Zum einen leben viele unter uns, die die Tage im Januar miterlebt haben, die noch klare eigene Erinnerungen haben an das Erschrecken, das so viele ergriff, und auch an den wohlorganisierten Freudentaumel, der ebenfalls viele ergriff.

Viele sind noch unter uns, denen das "Dritte Reich" und sein Weltkrieg einen wichtigen Teil ihres Lebens geraubt hat. Die Angehörigen der Opfer und ihre Trauer sind noch lebendig. Die Betroffenen von Krieg, Zerstörung und Vertreibung aus der alten Heimat und ihre Erinnerungen leben noch.

Nur der kann Wiederholungen der Geschichte vermeiden, der sich der Geschichte bewußt bleibt. Für die deutsche Demokratie ist die Erfahrung ihres ersten großen Fehlschlages und das Wissen um seine Gründe die entscheidende Voraussetzung - wenn wahr bleiben soll, was die Überlebenden der Konzentrationslager 1945 gewollt haben: "Niemals wieder!"

Meine eigenen Erinnerungen an den Januar 1933 bestehen nur in wenigen Bildern, die sich einem 14jährigen Schüler einprägten. Mein eigener Lebensweg führte mich danach mit vielen meiner Altersgenossen (durch "Gleichschaltung" unseres Rudervereins) in die braune Jugendorganisation und dann 1937 in die Wehrmacht, der Krieg machte daraus mehr als acht Jahre Wehrpflicht.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Finanzieren Sie unsere
Pressearbeit



In Hamburg konnten die Parteigänger der NSDAP den Tag ihrer "Machtergreifung" bei weitem nicht mit dem protzigen Jubel begehen, den sie in der Reichshauptstadt Berlin der Welt und der Nation vorführten. Hamburg war weitgehend "rot" - und auch für das Reich insgesamt galt, daß das Wort "Machtergreifung" eine propagandistische Fälschung darstellt. "Ergriffen" haben die Nationalsozialisten die Macht nicht - sie wurde ihnen vielmehr ausgeliefert.

Wie alle geschichtlichen Wendepunkte, so hat auch der 30. Januar eine Vorgeschichte. Voraufgegangen war 1930 der Sturz des letzten sozialdemokratischen Reichskanzlers Müller-Franken, des letzten Kanzlers, der sich auf eine Mehrheit im Reichstag hatte stützen können. Voraufgegangen war sodann der Zentrums-Kanzler Brüning, der - nur noch mit Notverordnungen operierend - die Folgen der Weltwirtschaftskrise für Deutschland durch seine gutgemeinte, aber völlig falsche Sparpolitik um jeden Preis wesentlich verschärfte. Das Ende vorbereitet hatten danach die Minderheits-Kanzler von Papen und Schleicher, die den geschwächten Parlamentarismus endgültig aushöhlten.

Gefallen war schon 1932 die letzte sozialdemokratische Bastion im Reich: Die SPD-Regierung unter Otto Braun in Preußen. Durch einen Staatsstreich von oben war sie von der rechtskonservativen Reichsregierung von Papen aus dem Amt gejagt worden - und die SPD hatte Gewalt nicht mit Gewalt beantwortet.

Einer der sozialdemokratischen Zeugen der Zeit, Wilhelm Hoegner, hat dazu in seinen Erinnerungen geschrieben: "Von nun an jagte der Name der Sozialdemokratie dem Bürgertum keinen Schrecken mehr ein. Das Proletariat war wieder der ungefährliche Riese der frühkapitalistischen Zeit, ein ungeheurer Leib mit gelähmten Armen und Füßen. Die Arbeiterbataillone standen wieder stramm, sie marschierten nicht mehr. Das Bürgertum hatte die Revolution von 1918 endgültig besiegt."

Die Bezeichnung "Machtergreifung" ist auch aus einem zweiten Grunde irreführend. Denn es war noch längst nicht die ganze Macht, die Hitler und den Seinen am 30. Januar überlassen wurde. Noch meinten die Rechtskonservativen, die über eine Mehrheit in Hitlers Kabinett verfügten, er ließe sich zum Instrument machen, wo es ihnen paßte. Auch bei manchen Gegnern des Nationalsozialismus war die Meinung verbreitet, der "Spuk" werde "nur wenige Wochen dauern".

Ende Januar brannte das Berliner Reichstagsgebäude ab und lieferte den Vorwand zu weiträumigem braunen Terror. Am 5. März konnten die Wählerinnen und Wähler im Deutschen Reich ein letztes Mal unter verschiedenen Parteien wählen - und trotz stärkstem Terror gelang es der NSDAP nicht, die absolute Mehrheit zu erringen.

Im Gegenteil: Die als einzige unbeirrbar verfassungstreue SPD konnte noch Stimmen hinzugewinnen. Am 23. März schließlich aber peitschten die Nationalsozialisten das "Ermächtigungsgesetz" durch den Reichstag. Allein die SPD verweigerte die Zustimmung. Die Kommunisten, die früher entscheidend geholfen hatten, die parlamentarische Demokratie zu unterwühlen, waren schon verhaftet und konnten nicht mitstimmen. Das Ermächtigungsgesetz hat die erste deutsche Demokratie endgültig beendet.

Von jenem Tag an ging der Weg der neuen Machthaber zielstrebig in den Krieg - zunächst in den Krieg nach innen. Jeder Widerstand - organisiert oder individuell - wurde mit wachsender Schärfe gebrochen. Zehntausende sahen sich in den Untergrund gedrängt, in Lager verschleppt, in Zuchthäuser gesperrt, ins Exil verjagt.

Aber der Widerstand aus den unterschiedlichsten Schichten des Volkes gehört zu den hellen Seiten unseres geschichtlichen Erbes - und auch er gehört zu den Erinnerungen anlässlich dieses Jahrestages. Ich denke dabei nicht nur an die Aktion des 20. Julis 1944. Der Widerstand war in fast allen Schichten unseres Volkes lebendig: In der Arbeiterbewegung, in den Kirchen, im Bürgertum, unter den Intellektuellen, auch unter den Soldaten in der damaligen Wehrmacht.



Anlässlich der 30. Wiederkehr des 20. Juli habe ich 1963 dazu gesagt: "Diese Menschen hat damals nicht die gleiche Zielvorstellung geeint. Monarchisten, Konservative, Sozialisten, Demokraten, Christen und Freidenker standen nebeneinander und arbeiteten zusammen. Was sie einte, das war der Kampf gegen die totalitäre Herrschaft, gegen die fortgesetzte Verletzung der Grundrechte, gegen die Vernichtung menschlichen Lebens. Was sie einte, das war die Zielvorstellung der Menschlichkeit, der Demokratie und des Friedens. Und diese Menschen wurden unterstützt von vielen, vielen namenlosen anderen, die keine sensationellen Dinge vollbringen konnten, die aber doch mit Tapferkeit den Verfolgten geholfen haben."

Nie wieder! - so haben die Überlebenden Buchenwald-Häftlinge in ihrem Manifest geschrieben. Und dieses "Nie wieder!" steht als vorgeschriebenes Motto über dem Grundgesetz, jenem großartigen Freiheitsangebot, das der zweiten deutschen Republik fünf Jahre nach dem 20. Juli 1944 und 16 Jahre nach dem Januar 1933 das Fundament verschaffte.

Dieses Grundgesetz verpflichtet jeden Politiker - gleich welcher politischen Grundorientierung - darauf, für die Grundwerte einzutreten, die hinter den Grundrechten der Verfassung stehen. Aus welchen sittlichen oder religiösen Überzeugungen er das tut, das läßt ihm die Verfassung ausdrücklich frei. So garantiert und begründet sie zugleich Freiheit des Einzelnen und Grundkonsens aller Demokraten.

Wenn wir die Bundesrepublik mit jener Republik von Weimar vergleichen, so gehörte zu den Gründen ihres Scheiterns auch der Konflikt zwischen Arbeiterbewegung und bewaffneten Streitkräften. Wenn mir etwas in meiner politischen Arbeit tiefe Genugtuung gegeben hat, dann die Tatsache, daß ich mit anderen Sozialdemokraten als Oberbefehlshaber der Bundeswehr dazu beitragen konnte, daß die Streitkräfte der Bundesrepublik ihren Platz in der Gesellschaft gefunden haben, daß sie akzeptiert worden sind und daß sie sich angenommen fühlen können. Wer auch nur ein wenig von der preußisch-deutschen Militärgeschichte kennt, der kann ermessen, welche entscheidende Veränderung darin liegt.

Das Jahr 1933 führte Deutschland international in die Isolierung, und die Machtträume der Gewalthaber mußten notwendigerweise in den Krieg führen. Die Bundesrepublik hat dagegen den Weg in die internationale Gemeinschaft gefunden. Sie hat Bindungen auf sich genommen: Der Freundschaft mit ehemaligen Feinden, Partnerschaft im Bündnis mit ehemaligen Kriegsgegnern, normale und gute Nachbarschaft mit solchen, die das Dritte Reich mit Krieg überzogen hatte.

Erst danach, erst durch diese bewußte Bindung und Offenheit konnte es der Bundesrepublik gelingen, die eigenen deutschen, die nationalen Interessen in die internationale Politik einzubringen und ihnen das Gehör zu verschaffen, auf das sie legitimen Anspruch haben. So bestärkt die Erinnerung an 1933 und seine Folgen die Friedenspolitik nach innen und nach außen.

Das Jahr 1983 wird vielfachen Anlaß bieten, sich dessen zu erinnern, was vor 50 Jahren geschah. Arbeitslosigkeit und Weltwirtschaftskrise rufen bei manchem Erinnerungen an die letzten Jahre der ersten Demokratie hervor.

Dabei sollte keiner vergessen, welche grundsätzlich anderen Weg die zweite deutsche Demokratie eingeschlagen hat. Und was an der neuen Grundorientierung nicht verloren gehen darf!

Max Fritsch hat einmal gesagt, der Satz, der Mensch lerne nichts aus der Geschichte, sei deshalb wahr, weil man ihn aus der Geschichte lernen könne. Die Dialektik dieses Satzes beschreibt gut die Doppelgesichtigkeit unserer Erinnerung. Die geschichtlichen Vorbilder engen uns ein, weil sie uns häufig übersehen lassen, was denn gegenwärtig so ganz anders ist. Aber sie machen uns zugleich frei, in vergleichbarer Lage den erwiesenen falschen Weg zu vermeiden. So sind die Erinnerungen an 1933 zugleich Mahnung und zugleich Hoffnung.

(--28.1.1983/ks/ca)

+ + +

(Dieser Beitrag erscheint am 30. Januar 1983 in der Bergedorfer Zeitung)



Lotte Lemke 80 Jahre

Humanitäres Handeln aus politischer Verantwortung

Von Kurt Partzsch

Sozialminister a.D.

Bundsvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt

Am 28. Januar 1983 begeht Lotte Lemke, die Ehrenvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, ihren 80. Geburtstag. Die große Gemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt (AW) dankt und gratuliert einer Frau, die von Beginn an dem sozialen Werk der Arbeiterwohlfahrt verbunden war und der in hohem Maße die Anerkennung all derer gehört, die sich um Ausbau und ständige Fortentwicklung des sozialen Rechtsstaates bemüht haben und engagieren.

Lotte Lemke wurde am 28. Januar 1903 in Königsberg/Preußen geboren. Nach ihrer Ausbildung an der Wohlfahrtsschule der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin war Lotte Lemke drei Jahre als Hauptfürsorgerin in einem brandenburgischen Landkreis tätig. Marie Juchacz, Reichstagsabgeordnete, Gründerin und damalige Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt holte Lotte Lemke 1929 nach Berlin und betraute sie mit dem Amt der Geschäftsführerin des Hauptausschusses der AW.

1933 wurde die AW von den Nationalsozialisten zerschlagen. Lotte Lemkes Rolle in der illegalen Zeit unter der Nazidiktatur wird unvergessen bleiben. Viele Mitglieder des AW-Vorstandes und des Beirates - der Sozialdemokratie eng verbunden - wurden in die Emigration getrieben. Lotte Lemke blieb in Deutschland. Gemeinsam mit Kurt Schumacher, Fritz Erler und Alfred Nau gehörte sie der Widerstandsbewegung an. Lotte Lemke, von der Gestapo gesucht und zeitweilig inhaftiert, nahm es auf sich, als Kurier zwischen Berlin und Prag ständig illegal unterwegs, den nach Prag ins Exil geflüchteten Parteivorstand der SPD über die politische Situation in Deutschland mit Berichten zu versorgen und über die illegale Tätigkeit im gesamten Reichsgebiet zu informieren.

Nach Kriegsende betreibt Lotte Lemke ungebrochen den Wiederaufbau der Arbeiterwohlfahrt. Sie folgt dem Ruf von Kurt Schumacher nach Hannover, um die AW aus dem Nichts heraus wieder als ein bedeutendes Hilfswerk aufzubauen. In der Zeit der größten Not beweist sie ihr Organisationstalent, kümmert sich um die Opfer des Krieges, hilft Familien, ein zweites Mal zu überleben. Rastlos unterwegs erfährt sie Anerkennung über die Grenzen des gespaltenen Deutschlands hinaus.



1959 wird Lotte Lemke zur stellvertretenden AW-Bundesvorsitzenden gewählt. Von 1965 bis 1971 ist sie Vorsitzende des Verbandes. Sie gehörte dem Kuratorium des von Elly Heuss-Knapp gegründeten Deutschen Müttergenesungswerkes von der ersten Stunde an und erwarb sich als Vorstandsmitglied des 1961 gegründeten Kuratoriums Deutsche Altershilfe bleibende Verdienste.

Lebensdaten allein können nicht widerspiegeln, worin die heutige Ehrenvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt ihre Lebensaufgabe sah und sieht. Sie selbst hat die Maxime ihres Handelns auf der Reichskonferenz der AW 1953 in Berlin in einem weithin beachteten Referat so definiert: "Humanitäres Handeln aus politischer Verantwortung". Lotte Lemke beschrieb vor 30 Jahren das Selbstverständnis der Arbeiterwohlfahrt und setzte damit Maßstäbe: "Die Arbeiterwohlfahrt ist darum bestrebt, beides zu sein: Ein Wohlfahrtsverband, der seine unmittelbare Arbeit am Menschen verantwortungsbewußt unter das Prinzip der Neutralität stellt, und eine sozialpolitische Organisation, die sich in die Reihen derjenigen eingliedert, die mit den Mitteln der Politik die gesetzlichen Grundlagen und die verwaltungsmäßigen Voraussetzungen der Wohlfahrtspflege verbessern und neu schaffen wollen."

Lotte Lemke hat in entscheidendem Maße dazu beigetragen, daß die Arbeiterwohlfahrt zu einer der leistungsfähigsten Institutionen der freien Wohlfahrtspflege wurde. Ihre Tatkraft, ihr Einsatz für Mitmenschen, die unter Verfolgung gelitten haben und für Gruppen, die am Rande einer Wohlstandsgesellschaft stehen, haben die Arbeiterwohlfahrt geprägt und immer wieder motiviert.

Lotte Lemkes großer Verdienst ist es, daß Sozialarbeit nicht zur Feuerwehr der Sozialpolitik degradiert wurde. Eine moderne Sozialarbeit versteht sie als unverzichtbaren Partner der Sozialpolitik. Der Verwirklichung, dem Mitgestalten am sozialen Rechtsstaat gilt bis heute ihre Tatkraft.

Die Freie Wohlfahrtspflege, aber insbesondere die Gremien, Mitglieder, Freunde und Förderer der Arbeiterwohlfahrt danken Lotte Lemke mit Respekt an ihrem 80. Geburtstag.
(-/28.1.1983/ks/ca)

+ + +



Das unklare Wettrüsten verhindern

Sozialdemokraten begrüßen den Bonn-Besuch George Bushs

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB

Mitglied der Regierungsmannschaft von SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel

Der Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten in der Bundesrepublik gibt uns die Gelegenheit, den deutschen Standpunkt in den Genfer INF-Verhandlungen sowie hinsichtlich aller anderen Bündnisfragen, insbesondere die Weiterentwicklung der Ost-West-Beziehungen, deutlich zu machen. Wir begrüßen die erklärte Absicht des amerikanischen Vizepräsidenten, nach ehrlichen Antworten auf die vor uns liegenden Probleme zu suchen und zwar auch in Gesprächen mit der SPD.

Wir werden uns bemühen, deutlich zu machen, daß wir als Deutsche das größte Interesse daran haben, in Genf durch Kompromißbereitschaft eine Verhandlungslösung zu erzielen, die ein nukleares Wettrüsten verhindert. Wir wollen darüberhinaus dazu beitragen, die Ost-West-Beziehungen insgesamt zu verbessern, damit Ergebnisse bei den Wiener MBFR-Verhandlungen und auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid möglich gemacht werden. Man wird aufmerksam zu beobachten haben, ob die Bundesregierung der Versuchung erliegt, diesen Besuch im wesentlichen unter Wahlkampfgesichtspunkten zu betrachten.

Es spricht Bände, daß der amerikanische Vizepräsident erklärt hat, daß er nach Bonn komme, um unter vier Augen zu hören, was Bundeskanzler Kohl wirklich denke. Dabei kann man - wie die Erfahrung lehrt - nicht sicher sein, daß unter vier Augen etwa anderes gesagt wird als in der Öffentlichkeit.

Die Unionsparteien und die Rechtskoalition reden mit verschiedenen Zungen. Nicht nur unser Volk, auch die amerikanischen Freunde haben einen Anspruch auf Klarheit über den politischen Kurs der Bundesregierung. Angriffe auf den Kanzlerkandidaten der SPD sind kein Ersatz für eine klare Politik.

(-/28.1.1983/ks/ca)

+ + +



Nachrüstung auf Raten?

Die Rechtskoalition trägt den Doppelbeschluß nur scheinbar

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Die Debatte der letzten Wochen über die Lösungsansätze bei den Genfer Mittelstreckenraketenverhandlungen hat gezeigt, das an Kompromißbereitschaft kein Weg vorbeigeht. Wenn jetzt auch Vertreter der bedienungslosen "Null-Lösung" Reagans von Zwischenlösungen sprechen, wie jetzt auch die Bundesregierung, dann ist dies auf den öffentlichen Druck und innerhalb der Bundesrepublik nicht zuletzt auf den Druck der SPD zurückzuführen. So sehr das Abrücken vom "Alles oder Nichts"-Standpunkt zu begrüßen ist: Grund zum Aufatmen gibt es noch nicht.

Denn nach wie vor gibt es hinter der äußeren Fassade des NATO-Doppelbeschlusses zwei grundverschiedene Positionen: Einerseits die Verhandlungsposition mit der Vielsetzung des eurostrategischen Gleichgewichts, die Position der Sozialdemokraten also; andererseits die Nachrüstungsposition mit der Zielsetzung der nuklear-strategischen Ankopplung insbesondere der Bundesrepublik an die Vereinigten Staaten, eher die Position der Bundesregierung.

Die Nachrüstungsposition hat sich bisher immer hinter dem NATO-Doppelbeschluß versteckt. Sie konnte auf eine eigenständige Begründung für eine Stationierung amerikanischer strategischer Raketen auf westeuropäischem Festland verzichten, solange sie davon ausgehen konnten, daß die Sowjetunion ohnehin nicht zu substantiellen Kompromissen bereit sei. Nachdem sich eine solche Bereitschaft jetzt andeutet, lassen die Vertreter der Nachrüstungsposition ihre tatsächlichen Beweggründe jetzt Stück für Stück offenkundig werden, abzulesen jeweils an ihren Argumenten gegen die bisher öffentlich diskutierten Kompromißansätze. Ein offenes Bekenntnis zu ihrem tatsächlichen Konzept ist es jedoch noch nicht.

So wird ständig davon gesprochen, daß ein Verzicht auf westliche Nachrüstung eine verhängnisvolle Abkoppelung von den Vereinten Staaten bedeuten würde. Bisher gab es jedoch keine amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa und ein Verzicht auf westliche Nachrüstung bei substantiellem Entgegenkommen der Sowjetunion wäre keine veränderte Situation gegenüber den letzten 25 Jahren. Wer dennoch das Abkoppelungsargument benutzt, der zielt offensichtlich auf eine Nachrüstung ab, weil es ihm um ein neues strategisches Konzept der NATO und weniger um das eurostrategische Gleichgewicht geht. Zunehmend ist auch das Argument zu hören, ein Verzicht auf westliche Nachrüstung bei einem nur teilweisen Abbau sowjetischer SS 20 bedeute ein sowjetisches "Monopol" an Mittelstreckenraketen in Europa. Auch hier wird also offensichtlich davon ausgegangen, daß es trotz der französischen und britischen Systeme bisher immer, und damit schon vor der Einführung der SS 20, ein sowjetisches Monopol gegeben habe, das nun endlich beendet werden müsse. Wer so argumentiert, dem geht es wiederum auf jeden Fall um eine Stationierung amerikanischer Raketen auf europäischem Festland.

Wer also von "Abkoppelung" oder vom angeblichen sowjetischen "Monopol" spricht bei einem Verzicht auf amerikanische Mittelstreckenraketen in Europa, der zielt auf eine Nachrüstung ab. In Bonn ist es vor allem das Auswärtige Amt, das schon lange dem Nachrüstungskonzept anhängt, und nicht dem eurostrategischen Gleichgewichtskonzept Helmut Schmidts und der SPD. Seit dem Regierungswechsel haben die Vertreter dieser Nachrüstungsschule durch den neuen Verteidigungsminister eine erhebliche Unterstützung erhalten.

Wenn die Bundesregierung inzwischen auch von Zwischenlösungen redet, dann liegt also zunächst die Vermutung nahe, das hierbei an Lösungen gedacht wird, die bei einem Teilabbau sowjetischer Raketen auf eine Teilstationierung amerikanischer Raketen abzielen. Denn wer unbedingt Raketen haben will, um uns besser an die Vereinigten Staaten "anzukoppeln", der ist notfalls auch mit einigen Raketen weniger zufrieden - Hauptsache der Anfang ist erst einmal gemacht. Es scheint also, daß die Zwischenlösungsabsichten Genschers auf eine Nachrüstung in Raten hinauslaufen.

Die Öffentlichkeit will vor allem Klarheit der Standpunkte. Dazu gehört, daß der Öffentlichkeit das Konzept der Nachrüstungsschule deutlicher wird, die nur dem äußeren Schein nach die Kontinuität des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 wahren.

(-/28.1.1983/ks/ca)

DOKUMENTATION

Auf einer Pressekonferenz führte der SPD-Bundesgeschäftsführer Dr. Peter Glotz am Freitag folgendes aus:

Klassische Elemente des Weimarer Wahlkampfes

Nachdem die Union bei der Diskussion über Null- und Zwischenlösungen in der Abrüstungspolitik und über Zwangsanleihen beziehungsweise Investitionshilfeabgaben über die eigenen Füße gestolpert ist und inzwischen auch von einem Teil der eigenen Anhänger als prinzipienlos kritisiert wird, beginnt sie einen Rückmarsch zu den klassischen Agitationssymbolen der deutschen Rechten. Die "Koalition der Mitte" benutzt das Denkwerkzeug der Rechten. Man könnte immer schon fragen, wer eigentlich rechts sein soll, wenn Zimmermann, Todenhöfer und Spranger "Mitte" sind; inzwischen muß man der Union einen Weimarer Wahlkampf attestieren, der mit drei klassischen Elementen arbeitet: Klassenkampf von oben, Moskauhörigkeit und Beschädigung der persönlichen Integrität.

Ich stelle nicht irgendwelche Behauptungen auf, sondern belege sie Punkt für Punkt:

1. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht hat im Landkreis Cuxhaven folgendes ausgeführt: "Ich weiß von unzähligen Firmen, die sagen, wir sind bereit, jetzt zu investieren, aber nicht vor dem 6. März 1983. Wir wollen erst wissen, wer dann an der Regierung ist. Zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands gibt es Geschäftsverträge, in denen steht drin, wir bestellen die und die Maschinen, aber wenn am 6. März die CDU nicht die Wahl gewinnt, können wir von dem Vertrag wieder zurücktreten."

Diese Äußerung widerspricht eklatant den Aussagen des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, der am 6. Dezember 1982 in einer Rede vor der Versammlung der Industrie- und Handelskammer in Ludwigshafen festgestellt hat, daß die Unternehmer ihre Investitionsentscheidungen nicht an Wahlterminen orientieren. Sie widerspricht ebenfalls Aussagen des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Rodenstock, der am 19. Oktober 1982 wörtlich gesagt hat: "Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß Investitionsentscheidungen von Ertragsaussichten, Marktchancen und verfügbaren Mitteln bestimmt werden. Von politischen Stimmungen und Ansichten lassen sich Unternehmer dabei nicht leiten. Dies gilt jetzt ebenso wie zur Zeit der sozialliberalen Regierung. Die Vorwürfe wegen eines angeblichen Investitionsstreiks waren Ausdruck ideologischer Voreingenommenheit und jenseits aller Realität."

Ich fordere Ernst Albrecht auf, seine Behauptungen über parteipolitisch motivierte Investitionsentscheidungen von Unternehmern unverzüglich zu belegen. Hätte er Recht, wäre das Recht des Volkes, seine Regierung selbst zu bestimmen, ernsthaft gefährdet. Weigert er sich, seine Behauptungen, die Unsicherheit in die Bevölkerung tragen müssen, zu belegen, erweist er sich als Politiker, der um eines Propagandavorteils willen Arbeitsplätze gefährdet und Klassenkampf von oben betreibt. Die Behauptung, daß im Falle einer SPD-Regierung nach dem 6. März Investitionsstreiks drohten, ist ein klassischer Fall von Wählererpressung aus der Besitzerperspektive.

2. Die Union holt die Schablone der Moskauhörigkeit aus dem Fundus. 1953 lautete ihre Parole: "Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau." Dieses Motiv wurde in allen für die Union schwierigen Situationen mit kleinen Variationen wiederholt; die letzte Variante war der Begriff "Moskaufraktion" von 1980, den nicht etwa Franz Josef Strauß, sondern Helmut Kohl erfunden hatte. Belege aus dem laufenden Wahlkampf sind: Alois Mertes (Deutschlandfunk 19. Januar 1983) noch mit brückeriger Absicherung: "Ich kann mir nicht vorstellen, daß es dem Kanzlerkandidaten Vogel angenehm ist, der Kandidat Andropows zu sein." Strauß (Die Welt 24. Januar 1983) unverhüllt: "Damit macht sich Herr Vogel zum Agenten Andropows." Bayernkurier 22. Januar 1983, unverhüllt: "SPD als Moskaus Freund und Helfer." Aber auch Bundeskanzler Kohl nur noch wenig verhüllt (Report 25. Januar 1983): "Wer die führenden deutschen Sozialdemokraten hört, der muß



wissen, daß die sich auf einem gefährlichen Weg der Isolation begeben haben... Wer den Deutschen in dieser gefährdeten Lage im Blick auf den Weltfrieden rät, sich zum Neutralismus zu bekennen, der soll ehrlich sagen, das ist die erste Stufe auf dem Weg zur sowjetischen Hegemonie. Das ist dann die Endstation!" Mit solchen Äußerungen appellieren Unionspolitiker an Ressentiments, die seit 50 Jahren in Deutschland gezüchtet worden sind. Eine Mehrheitschance liegt in dieser Agitation nicht; eine Vergiftungschance wohl.

3. Die dritte Technik, die angewandt wird, nenne ich "Beschädigung der persönlichen Integrität". Im Zentrum dieser Versuche steht der Kanzlerkandidat der SPD, Hans-Jochen Vogel.

Eine besondere Rolle hat in diesen Grabenkämpfen noch stets die CSU gespielt, und eine neue Variante der gegen Hans-Jochen Vogel gezielten Kampagne kommt auch diesmal aus München: Die Ankündigung der CSU-Landtagsfraktion, sie wolle einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß "Neue Heimat/Neuperlach/Vogel" einsetzen, ist als ein besonders giftiger Anschlag der Affären-erprobten Christlich-Sozialen-Union anzusehen, die weit hin anerkannte Integrität des SPD-Kanzlerkandidaten in Zweifel zu ziehen.

Daß es der CSU dabei nicht um die Wahrheit, sondern um Wahlkampfeffekte ohne Rücksicht auf Verluste für das Ansehen der parlamentarischen Demokratie geht, ergibt sich auch daraus, daß das Thema Neuperlach zum zweitenmal unmittelbar vor einer Wahl zum Anlaß haltloser Unterstellungen genommen wird. Ein entsprechender Versuch ist bereits vor der bayerischen Landtagswahl im Sommer 1982 gescheitert. Auch er sollte den politischen Gegner Hans-Jochen Vogel wider besseres Wissen dem Argwohn aussetzen, er habe zu den an der Terrafinanz GmbH beteiligten ehemaligen Vorstandsmitgliedern der Neuen Heimat in einer zu mißbilligenden Verbindung gestanden oder er habe diese Beteiligten doch zumindest gefördert.

Bereits damals ist für jeden seriösen Beobachter unbezweifelbar klaggestellt worden, daß Hans-Jochen Vogel erst im Frühjahr 1982 im Rahmen der öffentlichen Kritik an den betroffenen Personen bekannt geworden ist, daß an der Terrafinanz insgeheim Vorstandsmitglieder der Neuen Heimat beteiligt gewesen seien und aus dieser Beteiligung privaten Nutzen gezogen haben sollen. Bis dahin lag ein solches Geschäftsgebaren außerhalb seines Vorstellungsvermögens und offensichtlich sogar außerhalb des Vorstellungsvermögens von Stadträten, die dem Projekt Neuperlach eher kritisch gegenüberstanden. Anderenfalls hätten diese Personen sowie die zahlreichen sonstigen, mit der Tätigkeit der Terrafinanz befaßten Dienststellen der Landeshauptstadt München und des Freistaates Bayern, einschließlich der rechnungsprüfenden Behörden, nicht zwanzig Jahre lang geschwiegen, sondern keine Sekunde gezögert, sich an den damaligen Münchner Oberbürgermeister oder aber beschwerdeführend an die Regierung von Oberbayern oder an die Öffentlichkeit zu wenden.

Allerdings beeindruckt dies alles die Wähler offensichtlich nicht. Auf die Direktwahlfrage entschieden sich nach unserer wöchentlichen Telefon-Blitzumfrage 40 Prozent der Befragten für Hans-Jochen Vogel und 38 Prozent für Helmut Kohl.

Bemerkenswert ist an diesem Ergebnis, daß Hans-Jochen Vogel bei den Anhängern der SPD einen wesentlich stärkeren Rückhalt hat als Helmut Kohl bei den Anhängern der CDU/CSU: In der Telefon-Blitzumfrage der vergangenen Woche (abgeschlossen am 20. Januar) erklärten sich 80 Prozent der potentiellen SPD-Wähler für Hans-Jochen Vogel und nur vier Prozent für Helmut Kohl; von den potentiellen CDU/CSU-Wählern zogen hingegen nur 71 Prozent den amtierenden Bundeskanzler vor, neun Prozent votierten für Hans-Jochen Vogel.
(-/28.1.1982/ks/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

